Sozialdemokratische Politik und sozialistische Ziele

Vortrag

von

Wilhelm Sollmann

Redakteur der „Rheinischen Zeitung"

M. d. R.

auf dem Bezirksparteitag zu Köln

am 11. Juni 1922.

Bs IX 15

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand Bibliothek

Herausgegeben vom Vorstand

der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Obere Rheinprovinz.

Druck von Gilsbach & Co., Köln.

427042

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Was ist Politik? Politik ist nach Stampfers Formulierung zweckbewußt auf das menschliche Gemeinwesen gerichtete Tätigkeit. Die Form, in der uns dieses Gemeinwesen entgegentritt, ist der Staat und die ihm untergeordnete Form, die Gemeinde. Instrumente der Politik sind die politischen Parteien. Ihr Machtstreben geht dahin, im Geiste ihres Programms Staat und Gemeinde zu beeinflussen. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei ist von dem Willen getragen, Staat und Gemeinde unter den Einfluß der Volksmassen zu bringen, die nicht von der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft leben, sondern auf den Ertrag ihrer eignen Arbeit angewiesen sind. Unsre Partei will mithin die gewaltige Mehrheit des Volkes vertreten. Würde das allgemein begriffen, wäre die Sozialdemokratie eine unwiderstehliche Macht. Sie ist dies nicht, weil die Mehrheit des arbeitenden Volkes noch gegnerische Parteien unterstützt. Darum kann die Sozialdemokratie

keine Alleinherrschaft im Staate

ausüben, sondern kann sich bestenfalls mit andern Parteien in die Staatsgewalt teilen. Die Macht und der Einfluß unsrer Partei finden ihre Grenze an der Macht und dem Einfluß andrer Parteien. In einem Staate mit beinahe vollendet demokratischer Verfassung, wie der Deutschen Republik, kommt die zahlenmäßige Stärke einer Partei bei den Parlamentswahlen mit fast mathematischer Genauigkeit zum Ausdruck. In dem aus den Juniwahlen des Jahres 1920 hervorgegangenen Reichstag hat die Sozialdemokratische Partei knapp ein Viertel, haben die sozialistischen Parteien zusammen knapp zwei Fünftel der Sitze. Ich bin nicht so verliebt in die sogenannte formale Demokratie, um nicht zu sehen, daß ihre Wahlergebnisse stark beeinflußt werden von der wirtschaftlichen Ueberlegenheit der Kapitalistenklasse. Es ist aber bisher nach unsrer Ueberzeugung noch kein Verfassungssystem gefunden, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft den arbeitenden Massen eine bessere politische Vertretung verschaffen könnte als die Demokratie. Einstweilen wird jedenfalls der Charakter der Gesetzgebung und das Schicksal der Regierung in Deutschland entschieden durch

die politisch-parlamentarischen Machtverhältnisse.

Als eine Minderheitspartei steht die Sozialdemokratie vor der Wahl, entweder auf die Teilnahme an der Regierungsgewalt zu verzichten, oder sich mit andern Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft in der Regierung und im Parlament zu verbinden. Selbst wenn alle sozialistischen Parteien im Reichstage zusammengehen wollten, wären sie auf die Unterstützung mindestens einer bürgerlichen Partei angewiesen, da sie allein keine Mehrheit haben. Es bleibt also unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstage nur die Koalitionspolitik mit einer oder mehrern bürgerlichen Parteien übrig, wenn man nicht die Regierung den bürgerlichen Parteien allein überlassen will. Vielfach wird behauptet, unsre Koalition mit bürgerlichen Parteien sei für die Arbeiterklasse erfolglos, ja sogar schädlich gewesen. Untersuchen wir kurz, ob dem so ist. Mindestens

zwei große geschichtliche Erfolge

unsrer Politik sind von niemandem zu bestreiten, der überhaupt politisch urteilen kann:

1. Die Errungenschaften der November-Revolution sind nach drei Jahren noch immer gewahrt, was noch lange nicht jede Revolution der Weltgeschichte von sich behaupten kann. Das neueste Beispiel einer schweren Reaktion auf überspannte Ziele ist bekanntlich Ungarn.
2. Der Zerfall, der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch des Deutschen Reiches, ist bis jetzt verhindert worden.

Den ersten Erfolg kann die Sozialdemokratie sich allein als Verdienst buchen, weil die bürgerlichen Parteien, ohne Ausnahme, sich immer wieder bemühten, von den demokratischen Erfolgen der Revolution abzustreichen und dabei von verbrecherischen Experimenten der überradikalen Linken unterstützt wurden. Wenn man uns aber sagt, nicht das Parlament, sondern die Revolution habe die Fortschritte gebracht, so antworten wir: Zwar haben wir Sozialdemokraten die Revolution nicht „gemacht" und sind für ihren Ausbruch nicht verantwortlich; daß die Revolution aber nicht in Anarchismus ausmündete, und daß sie politisch und sozial gewaltige Erfolge brachte, ist doch unbestreitbar der jahrzehntelangen Aufklärungs- und

Organisationsarbeit der Sozialdemokratie zu danken. Was ist nun

in der Nationalversammlung und im Reichstage

unter der Führung oder doch der entscheidenden Mitwirkung unsrer Partei geleistet worden? Man könnte stundenlang reden, wenn man alle Gesetze aufzählen wollte. Erinnern wir uns, daß allein die Volksbeauftragten 124 soziale Verordnungen (man denke nur an den Achtstundentag, die Sonntagsruhe und die Abschaffung der Gesindeordnung) erlassen haben, die von der Nationalversammlung im wesentlichen gesetzlich festgelegt wurden. Die Reichsverfassung mit dem gleichen Wahlrecht für beide Geschlechter von der Gemeinde bis zum Reichsparlament wurde vollendet. Der Friedensvertrag, der uns durch die Schuld der wilhelminischen militärischen und politischen Führer zwar außenpolitisch versklavt, aber doch vor noch Schlimmerm bewahrt hat, wurde abgeschlossen. Er brachte ein Bündel von Gesetzgebungsarbeit an Verträgen und Abkommen in seinem Gefolge. Das alte Heer wurde abgebaut und aufgelöst. Die Entwaffnung wurde bis auf kümmerliche Reste durchgeführt, und es scheint schon vergessen zu sein, wie oft die Entente uns in die Gefahr innerer Katastrophen brachte, die glücklich abgewendet wurden. Die Militärgerichtsbarkeit wurde abgeschafft. Es wurde eine ausgedehnte Gesetzgebung zur Versorgung und zum Schutze der Kriegsopfer aller Art unter unsrer Führung erreicht. Wir wissen natürlich auch, daß sie, zumal bei der sprunghaften Geldentwertung, unvollkommen ist und würden sie, wenn wir allein zu bestimmen gehabt hätten, günstiger gestaltet haben. Aber sie ist doch auch bei bei weitem nicht wertlos. Was haben die denn an Erfolg aufzuweisen, die alles herunterreißen, was wir geschaffen haben? Nichts, rein gar nichts. Zur Entschädigung der Kolonial- und Auslandsdeutschen und der Deutschen, die aus den abgetretenen Gebieten verdrängt worden sind, wurden gesetzliche Bestimmungen getroffen. Die gesetzliche Erwerbslosenunterstützung wurde eingeführt, das Betriebsrätegesetz und seine Ergänzungen in bezug auf die Bilanz und den Aufsichtsrat wurde von uns durchgesetzt. Der ungeheuren Wohnungsnot suchten wir durch ein Siedlungsgesetz, ein Reichsheimstättengesetz, die Wohnungsbau-Abgabe und das Reichsmietengesetz einigermaßen Abhilfe zu schaffen. Das ist noch nicht gelungen. Aber der Bau von Kleinwohnungen wäre längst überhaupt eingestellt, wenn wir nicht die Wohnungsbau-Abgabe hätten. Das Reichsmietengesetz, das die Hausbesitzer zu Unrecht als Sozialisierung verschreien, bringt dem Mieter immerhin ein Stück Mitbestimmungsrecht in den Häusern. Das ist wieder allein unser Erfolg. Die radikalen Schreier haben nicht das geringste für die Ausgestaltung des Gesetzes getan und schließlich diesem Gesetze sogar zustimmen müssen. Gegen den übereilten Abbau der Zwangswirtschaft haben wir zähe, leider infolge des ungünstigen Ausfalls der Reichstagswahlen erfolglos, gekämpft. Wenn wir aber heute noch und vermutlich auch im laufenden Jahre eine Getreideumlage zur Sicherung der Brotversorgung haben, so hat daran die Sozialdemokratie das entscheidende Verdienst. Die Sozialrenten sind unter dem Druck der Geldentwertung erhöht, die Wochenhilfe, der Mutter- und Säuglingsschutz sind unter unsrer Führung wesentlich verbessert worden. Wir wissen, wie weit diese soziale Arbeit noch von dem entfernt ist, was wir anstreben.

Wir fordern viel mehr.

So viel, wie die Scheinradikalen auch. Man muß uns aber zeigen, wie wir bei der Finanzlage Deutschlands und bei den parlamentarischen Machtverhältnissen mehr durchsetzen können. Den Frauen haben wir gegen den Widerstand des männlichen Teils der bürgerlichen Abgeordneten Eingang in die Rechtsprechung verschafft. Sie können nun Beisitzer an den Gewerbe-, Kaufmanns-, Schwur- und Schöffengerichten werden. Für die Opfer der Revolution haben wir wiederholt Amnestien erreicht. Daß diese Amnestien sich auch auf Kappisten erstreckten, war bei den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen nicht zu vermeiden, und auch die Unabhängigen konnten es nicht verhindern. Die Gehaltsverhältnisse der Staatsbeamten, Angestellten, Hilfskräfte und Arbeiter wurden durch das Ortsklassengesetz und häufige Anpassung an die Geldentwertung leidlich geregelt. Wir haben uns immer bemüht, die Aufbesserung vor allem den bedürftigen Schichten zukommen zu lassen. Es ist auch heute noch berechtigte Kritik an den Besoldungsverhältnissen möglich. Alle aber, die auch nur einen flüchtigen Einblick haben und nicht von Parteihaß verblendet oder von Kirchturmsinteressen beherrscht sind, müssen zugeben, daß hier ein Gebiet voll unend-

A27042 (PV 10 238

licher Schwierigkeiten vorliegt, auf dem mit Versammlungsphrasen am allerwenigsten gearbeitet werden kann. Die Gesetze über den Staatsgerichtshof, über den Volksentscheid, über religiöse Kindererziehung und viele kleinere Gesetze wurden verabschiedet. Als großer Erfolg ist noch die Ueberführung der Eisenbahnen in den Reichsbesitz zu nennen. Auch die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und die Interpellationen, in denen wir von der Reichsregierung Auskunft in politischen Fragen verlangten, sind nicht zu vergessen. Einen großen Teil der Parlamentsarbeit nahm

die Steuergesetzgebung

in Anspruch. Sie wird von den Rechtsparteien als ein unerhörter Eingriff in den Besitz, als antikapitalistisch in allerhöchstem Grade, als ruinös für viele Betriebe hingestellt. Die Parteien links von uns aber tun so, als hätten wir einseitig die Besitzlosen belastet. Beides sind volksbetrügerische Uebertreibungen. Richtig ist, daß ein erheblicher Teil der Steuergesetze antikapitalistischen Charakter tragen, aber ebenso richtig ist leider, daß sie infolge ungenügender Veranlagung, infolge des langsamen Aufbaues der Finanzorganisation, infolge der Geldentwertung und vor allem jeglichen Mangels an Steuermoral bei den besitzenden Klassen bei weitem nicht so antikapitalistisch gewirkt haben, wie wir wollten. Die Massen des Volkes dagegen haben durch den Lohnabzug und durch die indirekte Steuern, die auf Grund einer Bestimmung des Friedensvertrages gar nicht zu vermeiden waren, bei Heller und Pfennig ihre Steuern zahlen müssen.

Bei dem vielgeschmähten Steuerkompromiß

haben wir erneut alles getan, um das Schwergewicht auf Besitzsteuern zu legen. Das Ergebnis ist etwa folgendes: Besitzsteuern 52 Milliarden, indirekte Steuern auf entbehrliche Genußmittel sieben Milliarden, indirekte Steuern auf unentbehrlichen Verbrauch 43 Milliarden. Zwangsanleihe, die doch auch als Besitzsteuer wirkt, 70 Milliarden. Wir haben mithin ein größeres Uebergewicht an Besitzsteuern erreicht, als jemals zuvor in der deutschen Steuergesetzgebung. Hätten wir uns in die Opposition beiseite gestellt, so wäre nicht nur das Maß an Besitzsteuern geringer, sondern es wäre auch unter keinen Umständen die Zwangsanleihe durchgesetzt worden. Auf dem Papier sind die deutschen Besitzsteuern recht scharf. Dafür ein Beispiel: Ein Kapitalist, der sein Vermögen von 25 Millionen Mark in Aktien angelegt hat und daraus 2½ Millionen Mark jährliches Einkommen bezieht, hat an Steuern zu zahlen: Körperschaftssteuer 750 000 M, Kapitalertragssteuer 175 000 M, Einkommensteuer 676 750 M, Vermögenssteuer (von 25 Millionen Mark) 551 485 M, zusammen 2 153 235 M. Mithin bleiben ihm von den 2½ Millionen Jahreseinkommen nur 346 765 M. Das sind wahrhaftig nicht geringe Besitzsteuern, aber leider bleiben sie vielfach auf dem Papier stehen. Indes darf man sich nicht darüber täuschen, daß sie nun nach dem Ausbau der Finanzorganisation und bei dem Herangleiten an die Weltmarktpreise, die die Kapitalisten zu schärferer Kalkulation zwingen, anders zu wirken beginnen als in den ersten Jahren nach der Revolution. Wir werden aber noch viel zu tun haben, um den Schlemmern aller Art steuerlich ganz anders beizukommen als bisher. Gerade auf diesem Gebiet müssen die furchtbaren sozialen Gegensätze aufreizend und verbitternd wirken. Wenn jeder, der draußen nur nörgelt, der Sozialdemokratischen Partei beitreten, uns unterstützen und wählen wollte, würden im nächsten Reichstage wesentliche Verbesserungen der Steuergesetze durchzudrücken sein, die jetzt an dem Widerstande aller bürgerlichen Parteien scheitern. — So gut wie nichts haben wir erreicht

auf dem Gebiete der Sozialisierung.

Es wäre lächerlich, das bestreiten zu wollen. Die Kommunisten sehen den Grund dieses Mißerfolges darin, daß wir den Kapitalisten die Produktionsmittel nicht mit Gewalt weggenommen haben. Das ist die militaristische, nicht die marxistische Auffassung des Klassenkampfes. Marx hat uns die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß gelehrt. Für ihn wächst eine Gesellschaftsform wie ein Baum aus dem Keim zur Blüte, zur Frucht und zur Reife und stirbt ab, um neuen Formen Raum zu schaffen. Diese Entwicklung der Wirtschaft und der Menschen können wir durch unsern Willen beschleunigen und veredeln, aber wir können ihre Reife nicht erzwingen. Wir haben also nicht sozialisiert, weil wir nicht konnten. Ich sage rund heraus: Wenn wir eine Mehrheit im Reichstage gehabt hätten, so hätten wir gewiß viele Gesetze besser machen können, hätten die Last der Besitzlosen um Milliarden erleichtert, hätten eine gründliche Schul-, Justiz- und Verwaltungsreform

durchgeführt. Eine Sozialisierung in nennenswertem Maße hätten wir in diesen Jahren aber weder durch eine sozialistische Parlamentsmehrheit, noch unter der

Diktatur des Proletariats

erreichen können. Warum nicht? Weil es uns fehlt an sozialistischen Wirtschaftskapitänen, an sozialistisch wirklich geschulten Massen und weil wir abhängig sind von der Uebermacht des Weltkapitals. An diesen Tatsachen ist der Bolschewismus in Rußland gescheitert, hat er den Sozialismus zu einer Karikatur herabgewürdigt. Nur Wahnwitz oder Verbrecherinnen kann uns raten, die russischen Experimente in Deutschland nachzuahmen. Das ist keine Bankerotterklärung des Sozialismus. Man kann aber nicht von Monaten und Jahren verlangen, was nur in Jahrzehnten zu leisten ist. Wir haben ein halbes Jahrhundert gebraucht, um im Strome der Entwicklung das Proletariat zu einer entscheidenden Macht in der Leitung des Staates zu erheben. Es wird vielleicht ein weiteres halbes Jahrhundert notwendig sein, um der Arbeiterklasse das volle Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß zu erkämpfen. Wenn wir früher die notwendige wirtschaftliche Reife erlangen, soll es mich freuen, aber ich sehe keine Möglichkeit dazu.

Das Schicksal der Partei

und der deutschen Arbeiterklasse hängt davon ab, ob es uns gelingt, das Proletariat zu einer Politik auf so weite Sicht zu erziehen, ohne daß ihm die Begeisterung für unsre Ideale und die Treue zur Mitarbeit genommen wird. Uebrigens ist die Möglichkeit zu Sozialisierungen in Amerika, England und Frankreich noch geringer als bei uns. Von dort aus aber regiert der Kapitalismus die Welt. Wir und das unglückliche Rußland sind von diesen hochkapitalistischen Ländern abhängig. Weil die russischen Bolschewisten und ihre geistlosen Nachahmer in Deutschland, die Kommunisten, dies verkannten, haben sie den Sozialismus in aller Welt diskreditiert, haben sie hochgespannte Erwartungen im internationalen Proletariat wachgerufen, die sich nicht erfüllen konnten, und so sehen wir als einziges Ergebnis des Bolschewismus und der kommunistischen Agitation eine furchtbare Enttäuschung der Massen, eine Gleichgültigkeit, die eine schwere politische Gefahr zu werden droht. Es sind eben nicht Moskau und Berlin, sondern New York, London und Paris auf absehbare Zeit die Mittelpunkte des Weltgeschehens. Die Nationalisten, die da glauben, dies mit Gewalt ändern zu können, gehören in dieselbe Gummizelle wie die Kommunisten, die mit Handgranaten und Maschinengewehren sozialisieren wollen. Auf unsrer Politik lastet der

Fluch des ohne unsre Schuld verlorenen Krieges,

der korrumpierten deutschen und der zerrütteten Weltwirtschaft. Viele Volksgenossen, die die Zusammenhänge nicht begreifen, machen uns für Notstände verantwortlich, die in Ursachen ihre Wurzeln haben, denen gerade unser Kampf immer und immer gegolten hat, nämlich in der imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus und in seinem Wettrüsten. Alle bürgerlichen Parteien haben, wenn auch mit gewissen graduellen Unterschieden, bis tief in den Krieg hinein diese Entwicklung mitgemacht. Nun versuchen wir, das deutsche Volk aus dem Elend wieder hinauszuführen, in das es durch jene Politik geraten ist. Wie gut ständen wir da, wenn wir nicht die wilhelminische Zeche des Weltkrieges zu bezahlen hätten. Der Reichshaushalt für 1922 hat auf der Einnahmen-Seite 194,700 Milliarden Mark, auf der Ausgaben-Seite 123,875 Milliarden Mark, also einen Ueberschuß von 70,825 Milliarden Mark, aber der Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages verschlingt rund 213 Milliarden Papiermark. Es bleibt also, selbst wenn man den Ueberschuß aus dem Reichshaushalt in das große Loch wirft, ein Fehlbetrag von 142 Milliarden Mark. Deutlich genug zeigt sich hier also der verlorene Krieg als Ursache des Finanzelends. Die gesamten Ausgaben für die innern Bedürfnisse des Reiches betragen noch nicht 124 Milliarden Mark, die Lasten aus dem Friedensvertrag über 213 Milliarden Mark. In diesen beiden Zahlen ist das ganze Unglück Deutschlands beschlossen. Die furchtbare Lage der deutschen Arbeiterklasse entspringt der Tatsache, daß sie nicht nur von dem Kapitalismus des eignen Landes ausgebeutet wird, sondern sich zugleich in der Schuldknechtschaft des Kapitals der Siegerstaaten befindet. Unser nächstes Ziel ist, die deutsche Arbeit wieder der deutschen Wirtschaft zugute kommen zu lassen. In diesem Sinne brauchen wir deutschen Arbeiter bei aller Interessengemeinschaft mit unsern Klassengenossen jenseits der Grenzen einen wohlverstandenen nationalen Egoismus. Unser Schicksal ruht ja leider noch nicht in den Händen der französischen und britischen Arbeiterführer, sondern in den Fäusten von Poincaré und Lloyd George und der Finanzleute ihrer Länder. Aus der Versklavung Deutschlands ziehen auch

ihre verwüstenden Kräfte. Gewiß dürfen wir mit Recht darauf verweisen, daß die Besitzer von Produktionsmitteln und Waren aller Art, bar jeder Vaterlandsliebe und jeder religiösen oder ethischen Sittlichkeit, schamlos die Not ihres Volkes ausbeuten, dürfen unterstreichen, daß alle Kirchen diesem unchristlichen Treiben ihrer Anhänger hilflos gegenüberstehen, aber geändert werden die Verhältnisse durch die moralischen Entrüstungstrompeten nicht. Der Tiefstand der deutschen Valuta wirkt nun einmal wie eine Prämie auf die Ausfuhr deutscher Waren und wie eine sinnlos hohe Hochschutzzollmauer gegen die Einfuhr fremder Waren. Das deutsche Kapital in Landwirtschaft, Handel und Industrie plündert uns Verbraucher aus, weil es den ausländischen Wettebewerb beinahe auf keinem Gebiete zu fürchten braucht. Sehen wir uns doch den Stand der Währungen in den letzten Monaten im Durchschnitt an. Wenn wir die Währungen der Länder im Verhältnis zum amerikanischen Dollar nehmen, und diesen = 100 setzen, so stand über 100 Prozent die Schweiz; 100 bis 95 Prozent Mexiko, Schweden, Holland und Japan; 95 bis 90 Prozent Aegypten; 90 bis 80 Prozent England Ostindien, Argentinien, Spanien; 80 bis 70 Prozent Dänemark und Uruguay; 70 bis 60 Prozent Norwegen; 60 bis 50 Prozent Chile; 50 bis 40 Prozent Frankreich, Belgien und Brasilien; 30 bis 20 Prozent Italien und Griechenland; 20 bis 10 Prozent Türkei und Finnland; 10 bis 5 Prozent Tschechoslowakei, Portugal und Südslawien; 5 bis 4 Prozent Rumänien; **2 bis 1 Prozent Deutschland.** Unter Deutschland stehen nur noch Ungarn (0,72 Prozent), Polen (0,12 Prozent) und Deutsch-Oesterreich (0,9 Prozent). Gegen diesen Zustand ist die Sozialdemokratie im Augenblick ebenso machtlos wie alle andern deutschen Parteien. Erinnern wir uns auch, welche gewaltigen Mengen Auslandsgetreide wir

in Friedenszeiten

brauchten, um unsre landwirtschaftliche Produktion zu ergänzen. Im Jahre 1913 betrug die Mehreinfuhr an Weizen 2 030 833 Tonnen, an Gerste 3 087 139 Tonnen, an Mais 995 566 Tonnen, an Hülsenfrüchten 256 546 Tonnen, an Oelfrüchten 1 787 350 Tonnen. Diese bedeutenden Mengen an Nahrungsmitteln bleiben heute zum größten Teil vollständig aus. Soweit wir sie zur Deckung des allerdringendsten Bedarfs noch bestehen müssen, kommen sie aus hochvalutarischen Ländern und sind infolgedessen enorm teuer. Nicht allein die ausländischen Getreidemengen fehlen uns, auch die inländische Lebensmittelerzeugung ist infolge der Abtretung großer landwirtschaftlicher Gebiete im Osten und Westen stark vermindert worden. Die Ernteerträgnisse in den abgetretenen Gebieten von Westpreußen, Posen und Elsaß-Lothringen betrugen im Jahre 1913 an Roggen 2 147 899 Tonnen, Weizen 591 813 Tonnen, Gerste 613 730 Tonnen, Kartoffeln 10 244 842 Tonnen, Hafer 941 717 Tonnen. In diesen Ziffern sind die abgetrennten Gebiete von Schleswig und Oberschlesien noch nicht enthalten. Hier haben Sie wesentliche

Ursachen der Hungerleiderei

in Deutschland. Nicht durch Resolutionen, Zeitungsaufsätze, Streiks, Putsche und Parlamentsbeschlüsse sind diese entsetzlichen Verhältnisse zu ändern, sondern nur durch die Einschaltung Deutschlands, Rußlands und Oesterreichs in den normalen internationalen Güteraustausch, wobei eine langfristige Auslandsanleihe an diese Länder, die Stabilisierung der Währung, die Herabsetzung unsrer Verpflichtungen und möglichst die Befreiung von der Besatzung vorausgehen muß. Im Innern des Landes haben wir alles zu tun, um die Produktion, vor allem die landwirtschaftliche, zu steigern, denn alle Wirtschaft ist in erster Linie ein Produktions-, und dann erst ein Konsumtionsproblem. Die ganze Außenpolitik der Sozialdemokratie, die viel verrufene Erfüllungspolitik, ist auf die Befreiung Deutschlands von den wirtschaftlichen und finanziellen Nöten eingestellt. Wie schwer, wie entsetzlich verwickelt solche Verhandlungen sind, haben Cannes, Genua und Paris bewiesen. Wie kläglich steht gegenüber diesen weltumfassenden Schwierigkeiten das demagogische Geschwätz von ganz rechts und ganz links da, das unsre Partei für Dinge verantwortlich macht, die aus der Erschütterung der kapitalistischen Weltwirtschaft hervorgehen. Dreifach ist die Politik der deutschen Sozialdemokratie behindert: 1. durch die beinahe verzweifelte außenpolitische Lage Deutschlands; 2. durch den Zwang zu einer Koalition mit bürgerlichen Parteien und 3. weil wir die Republik nicht nur gegen die Revolver- und Blausäure-Politiker von rechts zu verteidigen haben, sondern weil wir zugleich gegen die Sozialisten links von uns kämpfen müssen, die uns nicht nur nicht helfen, sondern uns Hindernis über Hindernis in den Weg werfen. Diese ganze Lage ruft nach einer nationalen und internationalen

„Einheitsfront" der Arbeiterklasse.

Diese läßt sich aber nicht aus schönen und edlen Gefühlen konstruieren. Es geht in der Politik nicht, wie der Dichter singt:

Gefallen sind die Hiebe,
Verflogen Staub und Rauch,
Und süße Bruderliebe
Blüht wieder an jedem Strauch!

Wir müssen mit dem Verstande eine Einigung über gemeinsame Aktionen zu gemeinsamen nächsten Zielen suchen. Dabei schalte ich den Gedanken an eine Einigung mit den Kommunisten aus. Sie ist ein Traum, und für mich, bei dem jetzigen Zustande der Kommunisten, nicht einmal ein schöner Traum. Empfindlichkeiten spielen bei uns keine Rolle. Wenn uns die Kommunisten „Mistkaufen" und „stinkender Leichnam", „Arbeitermörder" und „kapitalistisch gekaufte Halunken" schimpfen, so mag dies auf ihre mangelhafte Beherrschung der deutschen Sprache und ihre nahen Beziehungen zu asiatischen Kulturen zurückzuführen sein. Sie bringen in so bilderreichen Worten vielleicht nur ihre brüderlichen Gefühle zum Ausdruck. Entscheidend sind politische Erwägungen. Es gibt doch für uns und die Kommunisten gar keine Grundlage zur Einigung, solange sie grundsätzlich eine andre Stellung als wir einnehmen zur Demokratie, zur Republik, zu den Gewerkschaften und Genossenschaften, zum Tempo der kapitalistischen Entwicklung und zu ihrer Reife, zur auswärtigen Politik und zu beinahe alle andern Fragen. Man muß die kommunistischen Sekten einstweilen sich überlassen. Sie sind das Sammelbecken für Leute, die vielleicht für roheste politische Agitation, nicht aber für verantwortliche politische Arbeit reif sind. Wer sich mit solchen Sekten einläßt, stärkt sich nicht, er schwächt und kompromittiert sich. Das hat der vernichtende Ausfall der Elternbeiratswahlen in Berlin bewiesen. In ihren Berliner Hochburgen sind die Kommunisten glücklich so weit, daß die Christlichen eine überlegene Mehrheit haben. — Große und wertvolle Teile der

Unabhängigen Sozialdemokratie

Deutschlands sind zur Einigung mit uns reif. Wir müssen alles tun, um diesen Klärungsprozeß zu beschleunigen. Das Hindernis gegen die Einigung scheint bei vielen USP.-Leuten nur noch in der Scheu zu liegen, öffentlich zu bekennen, was sie innerlich meinen. Bei der Agitation der USP. muß ich immer an den Grundsatz alter Diplomaten denken: „Die Sprache ist dazu da, um die Gedanken zu verbergen." Führer und Massen der USP. müssen einsehen und zugestehen, daß in einer demokratischen Republik das Verhältnis einer sozialdemokratischen Partei zum Staate ein andres sein muß als in einer halbabsolutistischen Monarchie. Wir sind im Rahmen der neuen deutschen Reichsverfassung nicht nur eine staatserhaltende, wir sind

die staatserhaltende Partei.

Auch die Linksradikalen begreifen das, wenn die Monarchisten durch Putsche und Mord den republikanischen Staat bedrohen. Dann erheben sie sich mit uns für den republikanischen Staat, für „Ebert", für die „Stinnes-Republik". Wer anders war denn in den Kapp-Tagen des März 1920 „staatserhaltend" als die Sozialisten aller Richtungen und die Gewerkschaften? Da fühlten alle, daß hinter einem Sturze der demokratischen Republik, die wahrhaftig auch für uns kein Ideal ist, nicht die sozialistische Demokratie, sondern die monarchistische Reaktion steht. Daraus gilt es die Folgerungen für die politisch-parlamentarische Tagesarbeit zu ziehen. Auch die Unabhängigen müssen bereit sein, mit solchen bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, die sich auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen. Diesen Notbehelf müssen die Sozialisten anwenden, solange ihnen das Volk, von dem in Deutschland alle Staatsgewalt ausgeht, nicht eine sichere parlamentarische Mehrheit verschafft. Die Unabhängigen müssen den Mut haben, auch solche Gesetze zu machen, deren Annahme in den Volksversammlungen nicht dröhnenden Beifall auslöst. Jetzt lehnen die Unabhängigen alle unpopulären Gesetze ab, hetzen im Lande in häßlicher Konkurrenz mit den Kommunisten maßlos gegen die Regierung, und dann gehen sie in den Reichstag und stützen diesebe Regierung. Die Unabhängigen sind doch eigentlich jetzt schon stille Teilhaber der Regierung Wirth. Sie könnten die Reichsregierung jeden Tag stürzen, wenn sie wollten, hüten sich aber wohl, es zu tun. Nur draußen im Lande maskieren sie sich mit dem Mantel großer Oppositionshelden. Das ist eine unlautere, schwächliche Politik, die sich an der USP. schon schwer gerächt hat, leider aber nicht nur diese Partei, sondern die gesamte Arbeiterbewegung schädigt. Wir müssen die Politik treiben, die möglich ist. Nicht auf das Wollen, sondern auf das Können kommt es in der Politik an. Es ist natürlich nicht gesagt, daß wir — mit oder ohne die Unabhängigen — immer in der Regierung sitzen werden. Wir können auch gemeinsam mit ihnen

in der Opposition

stehen, aber auch diese Opposition wird sich in Grenzen und Formen bewegen müssen, die uns vor dem Volke nicht Lügen strafen, wenn wir plötzlich die Verantwortung wieder übernehmen müssen. In der deutschen Demokratie kommen die Regierungen nicht mehr aus der himmlischen Höhe eines Gottesgnadentums, sondern aus dem vom Volke frei gewählten Parlament, und jede Opposition kann plötzlich zur Uebernahme der Regierung gezwungen werden. Das wird ein Politiker, der nicht nur Schwätzer sein will, auch in der Agitation berücksichtigen. Unsre eigenen [illegible] er [illegible] politischen Haltung zu erziehen, die nicht, wie es vielfach beim Eisenbahnerstreik geschehen ist, sich vom Gefühle hinreißen läßt, eine Einzelerscheinung, und sei sie noch so bedeutsam, losgelöst aus den großen außenpolitischen und innerpolitischen Zusammenhängen zu betrachten. Gebt doch das Bemühen auf, an Agitationshetze mit den Kommunisten in Wettbewerb treten zu wollen! An Demagogie können wir mit den Kommunisten ebensowenig konkurrieren, wie ein anständiger Kaufmann, wenn es noch einen geben sollte, mit einem gewissenlosen Schieber. Unsre Politik darf nicht darin bestehen, die empörenden und erbitterten Zustände der kapitalistischen Verwilderung agitatorisch auszumalen, sondern wir müssen ihre tiefern Ursachen aufdecken und praktische Vorschläge zur Besserung machen. Das ist bei der Trostlosigkeit, bei der politischen Unreife, bei dem Mißtrauen, bei der begreiflichen Enttäuschung, bei dem Elend vieler Klassengenossen eine blutsaure Arbeit, aber wir müssen sie leisten. Wir leben nicht mehr in einer Zeit hinstürmender Begeisterung, sondern müssen mühsam aus dem Trümmerhaufen des kapitalistischen Weltkrieges die Quadern herausuchen, die sich für den sozialen Aufbau eignen. Für unsre Politik gilt das schöne Wort Gottfried Kellers:

Was unerreichbar ist, das rührt uns nicht,
Doch was erreichbar, sei uns gold'ne Pflicht.

Unerreichbar ist für die nächste Zukunft die Verwirklichung unsrer sozialistischen Ideale.

Erreichbar

aber ist in naher Zukunft vieles andre: **Sicherung und wirklich sozialer Ausbau der Republik, Demokratisierung der Verwaltung und der Wirtschaft, Bändigung der Bestie Klassenjustiz, Niederhaltung des militaristischen Geistes, gerechtere Besteuerung, wirksame Hilfe für die Opfer der Schlachtfelder des Krieges und der Arbeit und ihre Hinterbliebenen, Hebung der Produktion und damit verbunden Kampf gegen den Wucher, unentwegtes Bohren und Feilen an den Fesseln, in die uns das imperialistische Diktat von Versailles geschlagen hat, eine gründliche Schulreform, Unterbindung der Spekulation mit Grund und Boden und gemeinnützige Lösung der Wohnungsfrage, stärkste Förderung der gemeinnützigen Genossenschaften, sie seien auf die Produktion oder auf den Konsum gerichtet, Kommunalisierungen und manches andre.** Wahrhaftig, es lohnt sich für den deutschen Arbeiter, vor allem auch für den geistigen Arbeiter, für den Kleinbauer, für den Beamten, für den schwer mit den Verhältnissen ringenden kleinen Geschäftsmann, Sozialdemokrat zu sein. Für diese Schichten und in dem Geiste dieser Darlegungen führen wir

den Klassenkampf,

der untrennbar mit dem Wesen der Klassengegensätze des Kapitalismus verbunden ist. Wir führen ihn mit allen seinen in Jahrzehnten erprobten Mitteln: Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und Presse, ergänzt durch die neuern Einrichtungen für die geistige und sittliche Schulung der Massen: Volkshochschule, Arbeiter-Akademie, Betriebsräteschulen und andre Erziehungsmittel.

Der Kapitalismus schafft in riesenhaften Anstrengungen die Betriebsformen, die eine sozialistische Produktion ermöglichen; wir schaffen und stärken und schulen die Massenorganisationen, die in Tageskampf und Zukunftsarbeit den Kapitalisten die Herrschaft allmählich entwinden werden. So steigt die sozialdemokratische Politik zu sozialistischen Zielen empor.